Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1871

86 (13.4.1871) Zweites Blatt

Drachtberichte.

Frankfurt a. M., 12. April. Destr. Kreditaktien 260, Staatsbahn 89 1/2, Bond. 178 3/4, Dstr. Silber. 55 1/2, Dstr. 1880er Loose 77 1/2, Amer. 1870er Loose 107 1/2, Wechsel auf Wien 94 1/2.

Paris, 10. April. Es ist gemeinsamer Befehl erteilt worden, daß die Nationalgarde außer Dienst die Umwallung nur mit einem Geschütz der Platzkommandantur oder der Polizeipräfektur versehen verlassen dürfen. Andere Personen haben einen Befehl zum Überhandeln, werden vor das Kriegsgericht gestellt. — Abends. Ein Bericht des Generals Dombrowski vom heutigen Tage sagt: „Unsere Truppen haben sich in Anieres festgesetzt und decken die Linie Colombes-Gourbevoie. Wir sind vorgegangen bis Billiers (etwa halbwegs zwischen Neuilly und Anieres auf dem rechten Seineufer) und Ballois. Wir besitzen einen Teil von Neuilly. Die Lage an der Porte Maillot hat sich verbessert, da das Bombardement während der Nacht nachgelassen. Wir errichten neue Batterien vor der Porte Maillot. Auf allen Posten herrschte während der Nacht vollkommene Ordnung.“

Paris, 11. April. Dem Doppel zufolge sind die Delegirten der republikanischen Ligue heute nach Versailles abgereist. Die Aufgabe der Delegirten wäre zunächst, Thiers die Wünsche der Ligue zu überbringen; nämlich: Aufrechterhaltung der Republik, volle municipale Freiheiten, Uebertragung des Schutzes der Hauptstadt an die Nationalgarde. Falls sich Thiers weigern sollte, in Besprechungen einzutreten, würden die Delegirten sich nach den Bedingungen zu erkundigen haben, welche die Regierung Paris vorzuschlagen und über die sie selbst würde verhandeln wollen. — Die Kanonade und das Gewehrfeuer haben wieder begonnen bei der Porte Maillot, Neuilly, den Ternes und im Bois de Boulogne. — 6 Uhr Abends. Dr. Kämpf begann diesen Morgen bei Ballois und erstreckte sich auf der einen Seite bis Comperet, auf der anderen, wo er lebhafter war, bis Anieres. Die Marschkompanien der Föderierten schienen an diesen letzten Punkte als Vorhut aufgestellt zu sein; der Rest der Föderierten deckt sich in den Tranchen längs der Seine. Seit Vormittag ist der Tag sehr ruhig verlaufen; nur vereinzelte Kanonenschüsse erschallen. Der Mont Valerien hat während der Nacht nicht gefeuert. Die Föderierten beginnen die Beschießung bei der Porte Maillot anzubereiten und die dort befindliche, oder Versailleser Artillerie zerstörte Brücke wiederherzustellen. 12 Kanonenboote sind am Pont des Invalides und am Pont d'Alma vor Anker gegangen. Das Kanonenboot Liberte ist mit furchtbaren Artillerie ausgerüstet. — Der Nachricht vom Tode Bernoreil's wird widersprochen.

Verailles, 11. April, Morgens. Gestern wurde die Kanonade zwischen dem Mont Valerien und Neuilly seitens der Regierungstruppen und den Batterien auf den Stadtwällen seitens der Föderierten fortgesetzt. — Marschall Mac-Mahon hat heute den Oberbefehl über die gelandeten vor Paris konzentrierten Truppen der Regierung übernommen; General Ladmirault kommandirt bei dem Mont Valerien, General Giffen bei Chaillon. Bei letzterem Orte hat man zahlreiche von den Auffrischenden verlorene Munition entdeckt. — Diesen Morgen wieder ziemlich lebhaft Kanonade. Die Zeitungen melden, daß General von Fabrice sein Hauptquartier in St. Denis aufgeschlagen habe. Die Blätter theilen ferner mit, der preussische Kommandant habe gestern die französische Regierung benachrichtigt, daß ihm die Kommune ihren Entschluß übermitteln habe, die Eisenbahnlinie nach dem Norden ganz zu unterbrechen. — In Toulouse fanden am 9. b. unbedeutende Unruhen statt, die sofort wieder unterdrückt wurden. — Nationalversammlung. Bei Verathung des Municipalgesetzes verwarf die Versammlung das von Raubon gestellte Amendement, welches die Theilnahme von Paris und Lyon in mehrere (Municipal-)Kommissionen verlangte. — Die Zeitungen melden, daß bei der Porte Maillot Beschießung erfolgt ist. — Ragny, 11. April. Ein Hundschreiber Thiers' zeigt die Uebernahme des Oberkommandos durch Mac-Mahon an und widerspricht entschieden dem Gerücht, daß er (Thiers) seine Entlassung als Chef der Exekutivgewalt zu geben beabsichtige; er sey vollständig eins mit der Nationalversammlung.

Deutsches Reich.

Karlsruhe, 12. April. Die deutsche Gegenwart wird sich von den 60 Ultramontanen im Reichstag nicht von ihrem Pfad abbringen lassen. Zunge dafür ist die That, daß Fürst Bismarck nicht einmal für nötig fand, in seinen Reden förmliche politische Stellung zu der Partei zu nehmen, die sich so außerordentlich breit machte und ihm trotz dem offenbar nicht imponirte. Die Partei kann vorerst noch die Lust gebrauchen, sich als legitime Vertreterin der kath. Kirche zu geben. Vielleicht aber ist die Zeit nicht allzufern, da auch diese Unmöglichkeit wie gar manche andere, die im letzten Jahrzehnt zu Grabe getragen worden ist, nicht mehr Stand hält. Ein wenig Math, ein wenig Sammlung nur unter kath. Priestern und Laien und das Geknurre des Ultramontanismus ist für Deutschland wenigstens abgethan.

Baden, 10. Apr. Unsere Stadt, in welcher so manches Gute und Lobenswerthe geschieht, ohne daß es in Zählungen entsprechend hervorgehoben und besprochen wird, ist in letzter Zeit mit einigen neuen Berichtshäusern beschenkt worden, welche es sich ungeleitet zur Aufgabe gemacht zu haben scheinen, besonders städtische Einrichtungen zu bekriecheln. Neben ist es eine bekannte Thatsache, daß es überall Klagen giebt, denen nichts recht gemacht werden kann, so wie auch keineswegs gelagert werden soll, daß man sicher überall schwache Punkte finden kann, wenn man sie sucht, weil nichts in der Welt vollkommen ist. Wenn aber diese Tadler ihre Kritik der Öffentlichkeit übergeben, müssen sie auch ihrer Seite eine Kritik sich gefallen lassen, und dies um so mehr, wenn es sich um öffentliche Angelegenheiten handelt, in denen ihre Sachkenntnis wirklich eine sehr eng bemessene ist. In diesem Falle befindet sich der Korrespondent in Nr. 74 Ihres Blattes, welcher durch seinen Kollegen in Nr. 76 unterstützt wird. Sehen wir uns die Beschwerden dieser Herren etwas näher an; wir sind dies dem guten Rufe unserer Vaterstadt schuldig. Auffallend ist es zunächst, wie der Korrespondent am 26. März behaupten kann, daß die durch den Krieg natürlicher Weise unterbrochenen Benutzungen am neuen Dampfbad noch nicht wieder aufgenommen seien, während doch sofort nach Eintreffen der Friedensnachrichten schon am 11. März die Mauer- und Steinhauerarbeiten für den Dampfbad durch die groß. Bezirksbauinspektion öffentlich ausgeschrieben wurden, und seit Mitte vorigen Monats auch die Fundamentarbeiten wieder begonnen haben. Der Korrespondent richtet aber seine Anklagen hauptsächlich gegen die Gemeindebehörde, indem er diese beschuldigt, daß sie nicht einmal bezüglich der so nötigen Verbesserungen einzelner Stadttheile nur annähernd gleichen Schritt mit den von der groß. Regierung unternommenen Erweiterungen, Verbesserungen und Verschönerungen der Anlagen zu halten sich bestrebt zeige. Unsere Nachbarstadt Freiburg wird hier als Muster angeführt und sodaun die allgemeine Behauptung aufgestellt, daß die Stadt Baden eine Erweiterung und Verschönerung „in mannigfacher Richtung“ nötig habe. Es scheint, daß Herr O. sich erst seit kurzer Zeit in unserer Stadt befindet, oder daß er früher mit geschlossenen Augen umhergegangen ist, sonst würde er wissen, welche Verbesserungen, Erweiterungen und Verschönerungen in Baden allein in den letzten Jahren vorgenommen wurden. Dieselben hier alle einzeln

aufzuführen, würde zu weit führen. Wir wollen nur beiläufig fragen, ob die Beseitigung der Stadt Lyon am Leopoldplatz, die Anlagen der Luisenstraße, der Maria-Viktoria- und Bertholdstraße, die Anlage des Ludwig-Wilhelms-Platz's, die Beseitigung des Holzplatzes hinter der evang. Kirche, die Verbesserung des Augustplatzes, die Anlage der (jetzt Werder-) Straße, die Verbreiterung der Schlossstraße, die Erbauung der höheren Mädchenschule und des Gymnasiums, die Erbauung des neuen Gaswerkes und des Schlachthaus, die neueste Regelung des Droschackes — lauter öffentliche Arbeiten des letzten Jahrzehnts — etwa nicht in diese Kategorie gehören? Und die Umgebungen der Stadt bieten nicht weniger Belege für die fortgesetzte Thätigkeit der betreffenden Behörden. Wir führen beispielsweise den neu angelegten Karlsplatz in der Richtung nach Droschack, den Rindfleischplatz an der Wilhelmstraße, die neu angelegte Fahrstraße über den St. Michaelsberg, die neuen Straßen für Spazierfahrten nach dem Merkur, nach Jourg u. Böhlerthal an. Hier, wie allenthalben, ist die Stadt den Wünschen der groß. Regierung, wie denen der Einwohner und Badgäste stets auf das Bereitwilligste entgegen gekommen —, so weit es eben in ihren Kräften stand. Denn das Vermögen der Stadt Baden ist nur ein beschränktes; es ist mit dem, welches z. B. der Stadt Freiburg zu Gebote steht, nicht entfernt zu vergleichen. Die hiesige Gemeindebehörde kann auch nicht „la Hausmann werden“ — Schulden machen; ihre Mittel reichen nicht aus, Stadttheile anzukaufen, niederzureißen und wieder aufzubauen, Straßen nach Wunsch durchzubrechen und freie Plätze beliebig herzustellen. Nach welcher Richtung übrigens die Stadt eigentlich noch „erweitert“ werden sollte, wünschen wir von dem Herrn O. Korrespondenten erst zu erfahren. Vielleicht an den Hügeln des Droschack aufwärts, wo allenthalben noch keine Bäume sind? Oder nach dem Merkur zu, abseits von allem Verkehr? Die Stadt reicht jetzt bereits einer Seite bis nahe an Schauern, anderer Seite bis Lichtenthal. Die noch vorhandenen Dampflüge mit entsprechenden Gebäuden zu beseitigen, soll doch nicht Aufgabe der Stadt sein? Die Stadt hat die für die Erweiterung und für den Verkehr nötigen Straßen angelegt, sie kommt einer allerfalligen Vauthätigkeit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, durch Abgabe von Bauplätzen, Anlage von Dossen, Legung von Wasser- und Gasröhren u. gerade in neuester Zeit mehr als je entgegen. Das Weitere wird sie aber wohl der Privatthätigkeit überlassen müssen, denn sie hat nicht die Befugnis, beliebige Bauarbeiten selbst heranzuführen, bezieh. zu „verbessern“ oder zu „verschönern“. Wenn nun der misgerathene O. Korrespondent weiter sagt, daß die in letzter Zeit angelegten Straßen und Plätze „am wenigsten geeignet sind, zur Verschönerung der Stadt beizutragen“, so bezieht sich dies vermuthlich auf die noch im Bau begriffenen: auf die verlängerte Maria-Viktoria-Straße, die Ludwig-Wilhelms- und Berthold-Straße, so wie auf den Holzplatz in der Lichtenthaler Vorstadt. Die Thatsache aber, daß diese neu eröffneten Straßen eben noch nicht vollendet, theilweise sogar noch nicht einmal begehbar sind, beweist sofort das Ungerechtfertigte dieses Tadels. In Betreff des Holzplatzes zeigt der Korrespondent wiederum Unkenntnis der Verhältnisse. Die Stadt hat beinahe alle diese Plätze der groß. Regierung für Anlage neuer Badaustalten zur Verfügung gestellt, und darüber keine freie Disposition mehr. Ueber die Frage, wie dieser Platz verwendet werden soll, liegt dem Ministerium noch keine endgültige Entscheidung vor. Eine Auffassung dieses großen Platzes ist aber auf alle Fälle notwendig, und dieselbe wird gerade jetzt vorgenommen. Der Schutz vom Dampfbadbau wird dorthin geführt: dies beiläufig auch zur Belegung des m. Korrespondenten, der dort ein „heimliches Arabien“ erblickt hat. Daß auch die übrigen Straßen der Stadt gerade jetzt aufgegeben werden, weil allenthalben neue Gasröhren gelegt werden müssen, indem der Beleuchtungsplan der Stadt jetzt vom Lichtenthal bis Schauern ausgeht —, soll doch nicht etwa der Behörde zum Vorwurf gereichen? Ob aber die Stadt überhaupt für Unterhaltung und Verbesserung der Straßen Opfer bringt, — beantwortet wohl am besten die Gemeindecassendrucke, welche nachweislich, daß hierfür im letzten Jahre ungefähr 18,000 fl. verausgabt worden sind, während das Budget für öffentliche Plätze, Brunnen, Wasserleitungen u. Beleuchtung 17,000 fl. betrug. Für Erhaltung der Reinlichkeit der Straßen sind in der Stadt selbst 3 Arbeiter beständig in Thätigkeit; 2 Wagen fahren dreimal wöchentlich den Schutz ab; 2 große Viehwagen sprengen in den Sommermonaten ununterbrochen die Straßen; 6 Straßenwarte unterhalten die Straßen in der Umgebung — Alles auf Kosten der Stadt. Wenn ein ausnahmsweise harter Winter oder eingetretene nasse Witterung diese Arbeiten erschweren oder augenblicklich hindern, so dürfte das ein Schicksal sein, welches die Stadt Baden vermuthlich wieder allein zu tragen, noch zu verantworten hat. Kurz: den „Bopf der Vaterstadt“, den der Korrespondent in erlaunlicher Länge erblickt hat, suchen wir in allen von uns angeführten Thatsachen vergeblich zu entdecken. Dieser antiquierte Paarthum dürfte für unsere Vaterstadt, welche längst ein Welt-Vadeort geworden ist, schon in den überwindlichen Standpunkten gehören. Wenn aber der Herr O. Korrespondent und sein m. Kollege in der That Verbesserungs- u. Verschönerungsvorschläge für unsere Stadt zu machen haben sollten, welche gerechtfertigter wären, als die veröfentlichten, so können diese Herren verständig sein, daß dieselben von der Gemeindebehörde stets dankbar entgegen genommen und — wenn es ihre Mittel erlauben — auch ausgeführt werden.

Konstanz, 10. April. Den Berichten über den festlichen Empfang unserer topten Truppen in hiesiger Stadt ist noch nachzutragen, daß das Banlet, welches am Abend des 1. April von der Stadtgemeinde den Offizieren und Militärbeamten gegeben wurde und woran über hundert hiesige Einwohner Theil nahmen, ein äußerst gelungenes war. Bei vortheilhafter Küche und ausgezeichnetem Wein herrschte die heiterste Laune, belebt durch die Regimentsmusik. Die offiziellen Reden wurden von den Herren Bürgermeister Stromeyer, Hofgerichtspräsident Prestinari, Ministerialrath Sach's u. Hofgerichtsdirektor Schneider ausgebracht; hierauf folgten dann eine Reihe von jenen wilden Trinksprüchen, welchen hieher Inbalt. Der Konziliumssaal, wo die Feste stattfand, war in köstlich geschmackvoller Weise mit den Reichsfarben, frischem Grün und Weißtönen geschmückt; im Vordergrund prangten unter flammbendem Vorberweig mit Friedenspalme die über lebensgroßen Büsten des deutschen Kaisers und unseres Großherzogs. — Um in der Folge eine Frage einige Erleichterung eintreten zu lassen, sollte eines der hier liegenden Bataillone auf die Landorte vertheilt werden; allein der Gemeinderath hier hat einstimmig beschlossen, an geeigneter Stelle die Bitte vorzutragen, daß die Truppen in ihren alten Quartieren in der Stadt bleiben. Jedermann ist entzückt über das hübsche, beschöne und gebildete Benehmen der Soldaten, die nach demokratischen und weltlichen Vätern im Felde verwirkelt sein sollen. Auch jene Trübscher, welche auf die Mühsal des Heres Schlagereien und dergleichen Unberücksichtigkeiten propheszeiten, sind gründlich blamirt; keine einzige Ausführung ist in den vierzehn Tagen, seit die hiesigen Truppen zurück sind, unter diesen vorgekommen.

Berlin, 9. April. Die im Reichstage sitzenden bayerischen Patrioten Greil und Obermayer haben die Annahme der vom hiesigen Magistrat ausgehenden, unter Kreuzband verbandenen Einladungskarten einstimmig verweigert. — Aus den Niederlanden wird geschrieben, daß die Symphonien der Niederländer mit den Franzosen in starker Abnahme begriffen sind. Die Amsterdamer Börse will von einem französischen Anlehen nichts mehr wissen.

Berlin, 10. April. Unter den bis jetzt im Reichstage befindlichen

866 Abgeordneten zählen wir 3 Prinzen, 1 Herzog, 6 Fürsten, 66 Grafen und Rittergutsbesitzer, 8 Minister a. D., 89 höhere Staatsbeamte, 28 Landräthe, 8 Militärs, darunter 1 General, 12 Geistliche, darunter 1 Bischof, 44 richterliche Beamte, 18 Advokaten, 24 Rechtsanwälte und Justizräthe, 3 Staatsanwälte, 16 Gutsbesitzer, 9 Bürgermeister in u. a. D., 12 Senatoren, Stadtvordere und Stadtvordere-Vorsitzer, 18 Professoren, 9 Schriftsteller und Redakteure, 2 Buchhändler, 20 Kaufleute und Fabrikanten, darunter 4 Kommerzienräthe, 14 Rentiers, 6 Aerzte, 1 Apotheker (Kremer), 14 Gymnasial-Direktoren und Lehrer und ein Drechslermeister (Vebel).

Berlin, 10. April. (Presse). In einer Konferenz unter dem Vorsitze des Kaisers, welcher der Kronprinz, Prinz Friedrich Karl, Moltke, Roon, Bismarck und mehrere Bundesvertreter beizwohnten, wurde endgültig beschlossen, für den Fall, daß die moralischen u. materiellen Kräfte der gegenwärtigen franz. Regierung sich nicht als ausreichend erweisen sollten, die außergewöhnlichen Zustände in Frankreich zu beseitigen und Zustände herzustellen, welche die Einhaltung der Friedensbedingungen verbürgen, deutscher Seite die geeigneten Schritte zu unternehmen, um die für Deutschland aus dem Fortfriedensvertrage sich ergebenden und bisher ihm vorenthaltenen Vortheile sicherzustellen, bezw. die Einhaltung der Zusagen möglich zu machen. Bismarck wird dieses der französischen Regierung und den Vertretern der auswärtigen Mächte mittheilen. Das Einschreiten der deutschen Truppen für den vorausgesetzten Fall ist fest beschlossen; über den Zeitpunkt mesdeln die Angaben zwischen dem 15. und Ende April. — Prinz Friedrich Karl hat die kaiserliche Ordre erhalten, sich mit dem Stabe reisefähig zu halten; derselbe ist von seinem Jagdschlosse bereits zurückgekehrt.

Berlin, 11. April. Seit längerer Zeit spricht man hier von einem Wechsel, der in dem hiesigen diplomatischen Korps durch das Ausscheiden des englischen Botschafters Lord Loftus und des russischen Gesandten Baron v. Dubril bevorsteht. Wie ich höre, gründet sich dieses Gerücht lediglich auf persönliche Wünsche und Absichten der genannten Diplomaten, aber nicht auf eine bereits erfolgte Entscheidung ihrer Regierungen. — Die Zustände in Frankreich nähern sich der Krisis mit jedem Tag mehr. Die Truppen der Versailleser Regierung stehen der Umwallung so nahe, daß man jeden Tag einen Sturm erwarten kann. Der Befehl dazu scheint indessen abgesehen zu werden, weil man sich in Versailles immer noch von Unterhandlungen einen Erfolg verspricht, welcher eine gewaltthätige Katastrophe unnötig machen werde. Man rechnet dabei sehr auf die Uneinigkeit und die Anfeindungen der Ordnungspartei in Paris selbst. Die Aufmerksamkeit Europas ist auf die deutschen Truppen gerichtet. Man wünscht von verschiedenen Seiten des Einschreitens derselben. Das Gerücht, daß von englischer Seite hier angefragt worden sey, unter welchen Umständen ein militärisches Einschreiten auszuführen wäre, dürfte nicht aus der Luft gegriffen seyn. Ueber die Antwort, die auf solche Anfrage Fürst Bismarck gegeben haben dürfte, kann kein Zweifel seyn, wenn man an die Erklärungen denkt, die er über unsere Stellung zu den Dingen in Frankreich vor einiger Zeit im Reichstage abgegeben hat. Danach kann nach wie vor von einer freiwilligen Einmischung Deutschlands in die innere Angelegenheiten Frankreichs keine Rede seyn. Wenn man hier und da von der französischen Regierung selbst erwartet, daß sie die deutsche Hilfe nachsuchen werde, so übersteht man, daß die französische Regierung einen hohen Werth darauf legen muß, mit der Revolution allein fertig zu werden, und daß sie jetzt mehr als je nachsichtigen dazu hat. Wenn Truppenzusammenschüßungen von unserer Seite nach Paris hin stattgefunden haben, so ist das lediglich im Interesse der von uns besetzten Gebiete geschehen, die wir den politischen Zuständen fern halten müssen. — Für die durch die Zerstörungen am 22. März in Dultrest zu Schaden gekommenen Personen hat der dortige deutsche Konsul v. Radomisz eine Entschädigung von 16,000 Frk. ausgewirkt und bereits verteilt. Es hielt schwer, diese Summe aufzutreiben, weil die Regierungskassen gänzlich leer sind. Zuletzt wurde die Summe von der Dultrester Bank vorgehoben.

Berlin, 11. April. Der Staats-Anzeiger bringt folgende Bekanntmachung: „Da das in Frankreich im Dienste der freiwilligen Krankenpflege verwandte Personal in nächster Zeit vollständig in die Heimath zurückgekehrt seyn wird, so sehe ich mich veranlaßt, die Giltigkeit der sämtlichen unter meiner Namensunterschrift ausgestellten Eisenbahn-Fahrkarten vom 20. April d. J. an aufzugeben. Von dem erwähnten Zeitpunkt ab kann die freie Fahrt nur auf Grund einer besonderen, von mir unterzeichneten schriftlichen Legitimation im Dienste der freiwilligen Krankenpflege beansprucht werden. Berlin, den 8. April 1871. Der königliche Kommissar und Militär-Inspektor der freiwilligen Krankenpflege: Fürst von Pleß.“

Von der preussisch-lothringischen Grenze, 3. April. (Schlef. Ztg.) Während die rothen Sozialisten in Paris alles Bestehende in Frage stellen, werden die Zustände in den französischen Provinzen täglich unermesslicher. Auf den Bahnhöfen drängen sich Massen von Hungrigen an die vorbeifahrenden Militärzüge, um etwas Brod oder sonst eine kleine Gabe zu erlangen. Den meisten dieser Leute steht man an, daß nur ganz ungewöhnliche Umstände sie zu Betteln gemacht. Die Soldaten verschenken oft den größten Theil der ihnen zugemessenen Lebensmittel, wozu noch kleine Geldspenden kommen. Wer Frankreich nur etwas bereist hat, weiß, wie dieses massenhafte Auftreten von Bettelarmen dort bisher etwas ganz Unerhörtes gewesen u. deshalb auch nicht lange dauern darf, um nicht die traurigsten Folgen herbeizuführen. Wäre die Rabe in Paris hergestellt, dann würde der wieder aufgenommenen Verkehr wohl bald Abhilfe schaffen.

M. C. München, 11. April. Der Landtagsabgeordnete Professor Dr. Sepp hat vom Bundeskanzler Fürsten Bismarck folgendes Schreiben erhalten: „Berlin, 27. März. Es ist mir eine Enttäuschung gewesen, geachtet Herr Professor, gerade Sie unter den Abgeordneten zum ersten deutschen Reichstag zu vermissen. Ich würde mit unbedingtem Vertrauen auf Ihren deutschen Sinn Ihre Mitwirkung an dem großen Werk erwartet haben, zu dem Sie sich in Ihrem eigenen Namen und in dem des edlen bayerischen Stammes so männlich und offen bekannt haben. Ihre Landstunde haben es auf dem Schlachtfelde, wie dabem bewährt, daß sie einen vollen und lebendigen Sinn für die deutsche Einheit haben; und wie ich Sie mit Freunden unter den parlamentarischen Vorkämpfern derselben in den fernigen Reben begrüßt habe, so hoffe ich auch fernere auf die Mitwirkung Ihres beredten Wortes zu der Erreichung des uns beiden gemeinsamen Zieles: des Heiles der deutschen Gesamtheit. v. Bismarck.“ Die neu gegründete Zentrumspartei in der Kammer der Abgeordneten, zu deren Mitbegründern Dr. Sepp gehört, hat bekanntlich nicht ein einziges Mitglied für den deutschen Reichstag durchgebracht. — Dem Gesunde des Erzbischofs von Bamberg um Ertheilung des Landeserzlichen Placet zur Verkündigung und Vollzuge der Erlasse des vatikanischen Konzils wurde vom Kultusministerium bekanntlich keine Folge gegeben. Der befalligen Ministerialentscheidung entnehmen wir Folgendes: „Von durchschlagender Bedeutung ist der Umstand, daß durch die bezeichnete dogmatische Konstitution und die aus derselben sich ergebenden Konsequenzen nicht etwa bloß die innere Verhältnisse der katholischen Kirche, sondern auch die zwischen Kirche und Staat, wie sie bisher in Bayern verstanden, gehandhabt und festgehalten worden sind, eine große und durchgreifende Veränderung erleiden. Nach Ansicht des Staatsministeriums steht unbestritten fest, falls die in dieser Konstitution bezeichnete Nachstellung des Oberhauptes der katholischen Kirche auf gewissen Gebieten, welche übrigens bereits durch frühere päpstliche Erlasse

betreten worden sind, in der That verwerthet wird, Fundamentalsätze des bayerischen Verfassungsrechtes in Frage gestellt, u. insbesondere die staatsbürgerlichen Rechte der Nichtkatholiken des Landes gefährdet werden. Zwar ist im Widerstreite mit der eben erwähnten Auffassung von manchen Seiten auf das Entschiedenste betont worden, daß das neu definierte Dogma in strengster Weise auf das Gebiet des Glaubens und der Religionslehre eingeschränkt sey und bleibe. Diese Behauptung kann aber ebenso wenig wie die übrigen von dem hochwürdigsten Herrn Erzbischof von Bamberg, Michael von Deinlein gegebenen mildernden Erläuterungen zu der mehrerwähnten Konstitution eine ausreichende Verhütung gewähren, denn es fehlt jede Bürgschaft dafür, daß jenen vielfachen in früheren Zeiten erschienenen päpstlichen Kundgebungen, welche sich in einschneidender Weise auf das weltliche Gebiet erstrecken, fortan niemals jenes Gewicht beigegeben wird, welches den Ausprüchen des ex cathedra lehrenden Papstes zukommen soll, ebenso wie dafür, daß künftig keine Entscheidungen dieser Art mehr ergehen werden. Sodann ist auch das Gebiet des Glaubens u. der Religionslehre nicht allenthalben fest genug abgegrenzt, als daß die Möglichkeit ausgeschlossen wäre, in dasselbe auch solche Fälle einzubeziehen, welche unzweifelhaft das weltliche Gebiet mitberühren. In Anbetracht dieser Erwägungen ist es dem Staatsministerium unmöglich, in dem erwähnten dogmatischen Erlaß einen rein geistlichen Gegenstand des Gewissens und der Religionslehre zu erblicken, welcher das weltliche Gebiet nicht berührt; vielmehr muß dasselbe die Meinung Derjenigen theilen, welche darin eine wesentliche Alteration der Beziehungen zwischen Staat und Kirche und eine Gefahr für die politischen und sozialen Grundlagen des Staates erkennen. — Eine ausgezeichnete Portraitskizze des verstorbenen Maximilian, modellirt von Wegner, ist im Kunstverein ausgestellt.

Regensburg, 10. April. Ein Ministerwechsel steht nahe bevor. Serravallo's Genossen treten zurück; an seiner Statt übernimmt von Blochhausen den Vorsitz und die auswärtigen Angelegenheiten, v. Meyer das Justizwesen, Dr. Föhr (Vertreter des deutschen Elements) die inneren Angelegenheiten und Majerus das Staatsbauwesen.

Österreich.

Wien, 8. April. Das Tagblatt schreibt: „Den hier beglaubigten Vertretern des Königreichs Württemberg, der Großherzogthümer Baden und Hessen ist, wie wir hören, von ihren Regierungen bereits angezeigt worden, daß ihre diplomatische Thätigkeit im Laufe der nächsten Monate hier ihr Ende erreicht. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß auch Bayern seinen hiesigen Gesandtschaftsposten niedriger im Budget zu beziffern und nur einen Geschäftsträger hieher zu senden die Absicht hat. Vor Ablauf der ersten Jahreshälfte wird General v. Schweinitz jedenfalls allein Deutschland in der österreichisch-ungarischen Monarchie vertreten.“ — Die Presse schreibt: „Die Ergebnisse des ungarischen katholischen Kongresses liegen nunmehr der öffentlichen Beurtheilung vor. Lösung der Kirche vom Staate und damit Aufhebung der für die Hierarchie so lästigen Staatsaufsicht, vermehrte Herrschaft dieser Hierarchie unter täuschenden autonomischen Formen und Formeln, dieser Bewegung derselben mit Bezug auf die Laien und den niederen Klerus, die beide in enge Fesseln geschlagen würden, und zwar der Laie in die doppelten des niederen und hohen Klerus, die untere Geistlichkeit aber in die des allgemeinen Bischofs; Bewahrung und Sicherung des großen materiellen Einkommens für die oberen kirchlichen Würdenträger, Ueberantwortung der Jugend und des künftigen Klerus in die Hände eines unverantwortlichen, unkontrollirbaren Standes.“ — Die Neue Freie Presse schreibt über denselben Gegenstand: „Der Triumph der Ultramontanen auf dem Kongresse war ein vollständiger, doch er war schlimmer als eine Niederlage. Denn einer Seite erhebt sich, angeregt durch Schiap's Interpellation, die öffentliche Meinung der Gebildeten aller Parteien Ungarns zu unüberwindlicher Gewalt wider den Episkopat, anderer Seite regt sich unter den Griechisch-Unionisten eine lebhaftere Agitation auf Vorbereitung von der Union. Am 13. d. M. tritt in Karlsruhe eine Versammlung ungarischer Rumänen zusammen, welche gegen die Beschlüsse des Pesther Kongresses protestiren und die selbständige, von Rom und Gran unabhängige Konstitution der griechisch-unionischen Kirche fordern wird.“

Meran, 10. April. (Presse.) Heute Mittags geleiteten tausend aus der Nähe und ferne herbeigekommene Schützen mit elf Musikbänden in prachtvollem Aufzuge die kaiserlichen Befehle von Krontau nach Meran auf den Schießstand, wo der Kaiser das Schießen eröffnete. Die Kaiserin, die Erzherzogin Gisela, der Graf von Meran u. der Hofstaat waren zugegen; der Kronprinz schoß zweimal ins Schwarze. Auf die Ansprache des Oberstlieutenants antwortete der Kaiser: „Ich bin erfreut, dieses Schießen zu sehen, ebenso, Euch Schützen so zahlreich erschienen zu sehen. Ich bin überzeugt, daß ich mich immer auf meine getreuen Tyroler Schützen verlassen kann.“ Heute Abend findet Serenade und Fackelzug statt.

Ausland.

Bern, 11. April. (A. Z.) Amtliche Liste des heimgeförderten franz. Defreres: 84,034 Mann, darunter 6430 Wiedergewandene, 2189 Defreres, 5181 Pferde. 1000 Kranke sind zurückgeblieben.

Frankreich. Der von der Kommuue veröffentlichte Erlaß über die Trennung von Kirche und Staat lautet: In Erwägung, daß der erste der Grundzüge der republikanischen Republik die Freiheit ist; in Erwägung, daß das Gewissensrecht die erste der Freiheiten ist; in Erwägung, daß das Kultusbudget dem Grundgesetz zuwider ist, weil es die Bürger gegen ihren eigenen Glauben mit Steuern belegt; in Erwägung, daß die Geistlichkeit in Wirklichkeit der Mitschuldige der Monarchie gegen die Freiheit war — verordnet die Kommuue: Art. 1. Die Kirche wird vom Staate getrennt. Art. 2. Das Kultusbudget wird unterdrückt. Art. 3. Die Güter, die der todtten Hand genannt, welche den religiösen Körperschaften angehören, Mobilien und Immobilien, werden als Nationalgüter erklärt. Art. 4. Eine Untersuchung über diese Güter wird sofort angestellt, um ihre Natur festzustellen und sie zur Verfügung der Nation zu stellen.

Paris, 8. April. Hier bellagt man sich bitter über die abschließende Verhandlung, welche die Gefangenen in Versailles durch Jene erhalten müssen, welche zu ihrer Schmach die Franzosen von Versailles genannt werden. (So drückt sich der Bürgergeneral Bergeret aus.) Diese Gefangenen werden ohne Mitleid geprügelt, an den Ohren gerissen, zertrübt, wie von den Klauen wilder Thiere; die Keller, in welche man sie wirft, sehen schreckliche Löcher. — Die verschiedenen Versammlungen sind verboten, weil die „Erwählten des Volkes aus sicherer Quelle wissen“, daß sich verkleidete Vandalen und Genbarmen in diesen Versammlungen einschleichen, um hinter den Rücken, welche die Stadt vertheidigen, einen Streich zu führen.

Verailles. (A. Z.) Thiers will erst mit Paris aufräumen, wenn Mac Mahon noch 30,000 Mann an sich gezogen hat. — Als Grund der Verhaftung des Paters Olivem, Superior, Paters Coubet, Delemon, so wie aller Professoren, Angestellten und Diener, die im Jesuitenkolleg zu Paris verhaftet wurden, gibt der Cri du Peuple an, daß die Jesuiten mit Versailles, mit Charette und Anderen geheime Einverständnisse unterhalten hätten, und ferner, daß man in dem Hause der Rue des Postes beträchtliche Ankaufungen von Waffen entdeckt habe.

Verailles, 7. April. (Tim.) In einem Gebäude des Lagers von Satory liegen jetzt 1000 gefangene Aufwärtler. Ihre Zellen befinden sich über der Erde, aber sie werden in vollständiger Dunkelheit gehalten und sind angeklammert. Die Thüren werden drei Mal täglich geöffnet, um einem Miasma vorzubeugen. Jeder erhält 1 Pfund Brod per Tag.

Mheims, 6. April. (S. M.) Der Kronprinz von Preußen erließ vor seiner Abreise nach Deutschland folgende Ansprache an die während des Krieges seinem Befehl unterstellt gewesenen Truppen: Soldaten der 3. Armee! Als ich im Juli v. J. den Oberbefehl übernahm, sprach ich die Hoffnung aus, daß es der Tapferkeit und Hingebung der geeinten deutschen Stämme gelingen werde, den gemeinsamen Feind, der uns übermächtig zum Kampf herausgefordert, zu beslegen. Dieses Vertrauen habt Ihr glänzend gerechtfertigt, denn die 3. Armee hat in diesem thätigen

Feldzuge ebenso viele Siege, als Kämpfe aufzuweisen. Nachdem Ihr in sojalem Anlauf das Thor des Feindes bei Weissenburg erbrochen und damit die Reihe der Siege eröffnet, wurde der starke Gegner 2 Tage darauf in der blutigen Schlacht bei Würth vollständig geschlagen. In schnellen Märschen folgte Ihr seinen rückgängigen Bewegungen, u. an dem Tage von Sedan nahm Ihr einen erhabenen und entscheidenden Antheil. Unaufhaltsam drangt Ihr vorwärts in das Herz des Landes, waßt den vor Euch stehenden Feind hinter die Mauern seiner gewaltig besetzten Hauptstadt und hieltet ihn beinahe 5 Monate, allen Gefahren und Unbilben eines strengen Winters mit unvergleichlicher Ausdauer Stand haltend, eng umschlossen. Während sojann ein Theil von Euch in ununterbrochenen, gegen große Ueberzahl geführten blutigen Gefechten den zum Entsatze bedrängten Paris von allen Seiten antückenden Feind zurückwarf, wurden von den Einschließungsgruppen alle gegen sie unternommenen Ausfälle energisch und erfolgreich abgewiesen, so daß endlich dem Gegner keine Wahl blieb, als die Waffen zu strecken und Euch die Thore seiner stolzen, als unüberwindlich und unverwundlich gepriesenen Hauptstadt zu öffnen. Solche Thaten gehören für ewig der Geschichte an, und mit Stolz blickt das Vaterland auf Euch, als seine würdigen Söhne. Wohl konnten so große Erfolge nicht ohne die schmerzlichen Verluste erungen werden, u. mit Behnlichkeit denken wir der zahlreich gefallenen Kameraden, ein ehrenvolles Gedächtniß ihnen für alle Zeiten bewahrend. Indem ich Euch nunmehr auf Befehl Sr. Maj. des Kaisers nach glücklich erlangtem u. ruhmvollem Frieden verlasse, spreche ich Euch Allen meine höchste Anerkennung und meinen Dank aus. Ich scheidet von Euch, Ihr preussischen und bayerischen Korps, Ihr württembergischen und badischen Truppen, mit dem Wunsch und in der Zuversicht, daß die auf blutigen Schlachtfeldern geschlossene Waffenbrüderschaft und Einigkeit nimmer zerfallen werde, sondern mächtig erstarkt zur Ehre, zum Ruhm und zum Segen des wieder erstlandenen gemeinsamen deutschen Vaterlandes. Nancy, den 14. März 1871. Der Oberbefehlshaber der 3. Armee: Friedrich Wilhelm, Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen.

Brüssel, 10. April. (Presse.) Goulard lehrte aus Versailles mit Instruktionen über die Vorkosten der Angelegenheit zurück. — Der Hauptantrieb auf Paris wird gegen den Point du Jour gerichtet.

Bulavest, 10. April. (Presse.) Es stellt sich immer mehr heraus, daß das ganze frühere Ministerium an der Verschönerung Ghika's gegen den Fürsten Karl beteiligt war. Es dürfte zu einem ungemeinen Skandal-Prozesse kommen; Cattargiu verlangt, es solle exemplarische Gerechtigkeit geübt werden.

Konstantinopel, 9. April. (A. Z.) Der unlängst ernannte Patriarch der latb. Armenier, Baharian, hat ein von ihm u. 7 Erzbischofen und Bischöfen seines Glaubensbekenntnisses unterzeichnetes Schreiben nach Rom geschickt, in welchem dieselben ihre Unhänglichkeit an die katholische Kirche bekunden.

New-York, 24. März. Alle deutschen Schiffe im Hafen und auf der Höhe von New-York prangten vorgestern, schreibt die N.-Y. H.-Z. in heiteren Flaggenschmuck, dem Kaiser von Deutschland zu Ehren. Bei dieser ersten Geburtstagsfeier des wiedererstandenen Deutschen Kaisers fühlten wir uns gehoben im Gedanken, daß wir jetzt ein deutsches Vaterland, eine deutsche Regierung, eine deutsche Flotte haben. Die volle Bedeutung dieses Gefühls kann nur der Erweisen, welcher in der Fremde weilt.

Wolkwirtschaft.

Berlin, 10. April. (A. Z.) Der dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Verbindlichkeiten zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Bergwerken, Eisenbahnen u. herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen, lautet, wie folgt: Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser etc. §. 1. Wenn bei dem Betriebe einer Eisenbahn ein Mensch getödtet oder körperlich verletzt wird, so haftet der Betriebsunternehmer für den dadurch entstandenen Schaden, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getödteten oder Verletzten verursacht ist. §. 2. Wer ein Bergwerk, einen Steinbruch, eine Gruberei (Grube) oder eine Fabrik betreibt, haftet, wenn ein Verwundeter oder ein Verletzter oder eine zur Leitung oder Aufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hat, für den dadurch entstandenen Schaden. §. 3. Der Schadenersatz (§§. 1 und 2) ist zu leisten: 1) im Falle der Tödtung durch Entschädigung der Kosten einer versuchten Heilung und der Beerdigung; durch Entschädigung des gesamten Vermögensschadens, welchen der Getödtete während der Krankheit durch Erwerbsunfähigkeit oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit erlitten hat, und, sofern der Getödtete zur Zeit seines Todes einem Anderen zur Gewährung des Unterhaltes vermög. Gefes verpflichtet war, durch Ersatz des gesamten Vermögensschadens, welchen der letztere in Folge des Todesfalls erleidet; 2) im Falle einer Körperverletzung durch Entschädigung der Heilungskosten und durch Ersatz des gesamten Vermögensschadens, welchen der Verletzte durch eine in Folge der Verletzung eingetretene zeitweilige oder dauernde Erwerbsunfähigkeit oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit erleidet. §. 4. Die in den §§. 1 und 2 bezeichneten Unternehmern sind nicht befreit, die Anwendung der in den §§. 1 bis 3 enthaltenen Bestimmungen zu ihrem Vortheile durch Verträge (mittels Reglements oder durch besondere Nebenbestimmungen) im Voraus anzuschließen oder zu beschränken. Verträgebestimmungen, welche dieser Vorschrift entgegenstehen, haben keine rechtliche Wirkung. §. 5. Das Gericht hat, unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts der Verhandlungen, so wie des Ergebnisses einer etwaigen Beweisaufnahme, nach freier Ueberzeugung über die Wahrheit oder Unwahrheit der thatsächlichen Behauptungen zu entscheiden und insbesondere auch über die Höhe des Schadens unter Würdigung aller Umstände zu erkennen. Die Vorschriften der Landesgesetze über den Beweis durch Eid, so wie über die Beweiskraft öffentlicher Urkunden und der gerichtlichen Gefändnisse bleiben unberührt. Ob einer oder der anderen Partei über die Wahrheit oder Unwahrheit einer thatsächlichen Behauptung noch ein Eid anzulegen, so wie ob und in wie weit über die Höhe des Schadens eine beantragte Beweisaufnahme anzunehmen oder Sachverständige mit ihrem Gutachten zu hören, bleibt dem Ermessen des Gerichtes überlassen. Auch unterliegt es dem richterlichen Ermessen, ob ein Schadenersatz in einer Rente oder in Kapital zu bewilligen ist. §. 6. Die Forderungen auf Schadenersatz (§§. 1 bis 3) verjähren in einem Jahre. Die Verjährung beginnt mit der Entscheidung der Forderung, und läuft von diesem Zeitpunkte an auch gegen Minderjährige und diesen gleichgestellte Personen. §. 7. Die Bestimmungen der Landesgesetze, nach welchen außer den in diesem Gesetz vorgesehenen Fällen der Unternehmer einer in den §§. 1 und 2 bezeichneten Anlage oder einer anderen Person, insbesondere wegen eines eigenen Verschuldens für den bei dem Betriebe der Anlage durch Tödtung oder Körperverletzung eines Menschen entstandenen Schadens haftet, bleiben unberührt. Die Vorschriften der §§. 3 bis 6 finden auch in diesen Fällen Anwendung, jedoch unbeschadet derjenigen Bestimmungen der Landesgesetze, welche dem Beschädigten einen höheren Erlosanspruch gewähren. Urkundlich u. Gegeben etc.

Berlin, 11. April. (Banlanweis.) Aktiva: Metallgeld u. Barren 112,324,000 Thlr., A. 1,929,000 Thlr., Papiergeld 3,111,000 Thlr., A. 520,000 Thlr., Wechsel 86,519,000 Thlr., B. 160,000 Thlr., Faustpfänder 23,544,000 Thlr., A. 1,800,000 Thlr., Staatspapiere, Forderungen u. Aktien 13,253,000 Thlr., A. 318,000 Thlr. Passiva: Notenumlauf 191,009,000 Thlr., A. 5,016,000 Thlr., Hinterlegungen 16,361,000 Thlr., B. 109,000 Thlr., Guthaben u. Giroverkehr 740,000 Thlr., B. 670,000 Thlr.

Wien, 10. April. Monats-Einnahme der galiz. Karoludwigsbahn: 741,107 fl. + 280,370 fl. Vierteljahrs-Einnahme: 1,947,316 fl. + 714,626 fl. Letztere wurde uns am Samstag frühmüthlich als Monats-Einnahme telegraphirt.

Wien, 11. April. Die Wocheneinnahme der Staatsbahn betrug v. 2. bis 8. d. M. 655,015 fl., gegen das Vorjahr mehr 133,270 fl.

Verschiedenes.

Offenburg, 11. April. Im wohlverstandenen Interesse der Stadt haben nachträglich unser Gemeinderath und Ausschuß dem landesherrlichen Bezirksförster die für Verostung der Stadtverwaltung verlangten 600 fl. jährlichen Gehalts bewilligt.

Dürheim, 4. April. Das in Donaueschingen erbaute neue Soolbad, zu dem von hier die Soole abgehoben wird, soll Mitte Mai eröffnet werden. Künftliche Gemüther wollen in der Wettbewerbung von Donaueschingen eine Gefahr für Dürheim erblicken. Eine solche Gefahr besteht aber in der That nicht, indem Dürheim durch eine Reihe glücklicher Kuren, die in den letzten Jahren daselbst gemacht wurden, ein gewisses Renoumee erlangt und viele Freunde und Gönner sich erworben hat. Was die Naturalverpflegung hier anlangt, so werden die hiesigen Gasthöfe Alles aufbieten, um sich nicht von denen in Donaueschingen überflügeln zu lassen. Wir hoffen, daß die diesjährige Saison eine vortheilhafte werden wird und empfehlen insbesondere unseren Kurort allen rheumatisch Leidenden und Verwundeten, da dargethan ist, daß unter Ander bei Rheumatischen sowohl, als auch bei Knochenbrüchen u. Verwundungen — sofern die Beschaffenheit der Wunde den Gebrauch von Ader erlaßt — einen ganz außerordentlichen u. bleibenden Erfolg erzielt.

Grünfeldhausen, A. Obsh., 8. April. (Ob.) Gestern Abend (Freitag) sang von hier beim Baumstumpfen in seinem Garten auf eine Kindeleiche. Man hält diese für die Frucht der ledigen Barbara Schmidt, welche seit längerer Zeit wegen Kindsmords in Untersuchung steht, obgleich man bis jetzt die Leiche auffinden konnte. Der Garten des M. Venghloft an jenen der Mutter der B. Schmidt.

München, 11. April. (M. Z.) Fräulein, welche als dramatische Sängerin für die Münchener Hofbühne in Aussicht genommen war, konnte den Beweis für ihre Brauchbarkeit nicht beibringen und reiste wieder ab, ohne engagirt worden zu sein.

St. Petersburg. Die Schel. Ztg. erzählt folgenden Geschichtchen: Der Großfürst-Thronfolger von Rußland, der bekanntlich kein Fremden der Deutschen ist, hat schon seit längerer Zeit den Gebrauch der deutschen Sprache in seiner Bekleidung verboten. Jeder dem zuzuhilfen Handelnde hat eine Strafe von 25 Rubel zu erlegen. Vor Kurzem wurde der Großfürst beim Thronfolger, und als schon längst alle Gäste in traulicher Unterhaltung befanden, tritt plötzlich der Kaiser ein, wünscht „Guten Abend“ und führt einige Stunden lang das Gespräch in deutscher Sprache fort, natürlich die Antworten nur in deutscher Sprache entgegen nehmend. Endlich erhebt sich der Kaiser, wünscht „Gute Nacht“ und will scheinbar den Salon verlassen. Ungefähr die Hälfte des Saales hat der Monarch durchschritten, als er plötzlich, wie sich bestimmen, umwendet: „Ah! meine Herren, hier darf ja wohl, wie mir jetzt beifällt, nicht deutsch gesprochen werden? Ich habe somit eine Strafe von 25 Rubel zu erlegen!“ Und indem sich der Kaiser zu einem höheren Beamten wendet und diesem die 25 Rubel einhändigt, fährt er fort: „Ich zahle diese Strafe hier an Sie und beauftrage Sie, dafür zu sorgen, daß alle hier Anwesenden die gleiche Straffsumme entrichten, denn ein jeder sprach deutsch. Der Gesamtbetrag wird sofort dem preussischen Generalstab zur Verwendung für die deutschen Verbundenen überwiesen.“

(Dachzieher.) Bei dem Herannahen der Bauzeit wird die Frage nach Deckung des Bedarfs an Dachziegel entstehen, da dergleichen von Frankreich unter den gegenwärtigen feindseligen Verhältnissen wohl nicht bezogen werden kann. Als Beleg möge u. A. dienen, daß ein Karlsruher Schieferdecker, welcher seit lange mit Frankreich im Verkehr steht, auf viermalige Bestellung nicht einmal Antwort erhielt. Auf Grund dessen wies wir auf den deutschen Schiefer hin, der nicht so wohlfeil, wie der französische, dafür aber um so besser ist; eine kleine Probe auf Zerbrechlichkeit wird dies bezeugen. An deutschen Bräuen sind jene bei Hüttenrode und Goslar im Harz, im Kolnischen, Baireuthischen, namentlich aber bei Proßjelle und Lehesten (Sach.-Meinungen) zu empfehlen. Mit Lehestener Schiefer wurde unlängst der Würzburger Dom gedeckt bei seiner Erbauung im 15. Jahrhundert; auch sieht dieser Schiefer erfahrungsgemäß über dem an Güte so hochgestellten englischen, wie sich z. B. in Leipzig bei einem großen Hagelwetter am 27. Aug. 1869 gezeigt haben soll. Nach dem üblichen Deutschland sind leider dieser trefflichen Schiefer nicht gebrungen, mit Ausnahme von Karlsruhe, wo ein Haus damit gedeckt sein soll.

Städtisches.

Karlsruhe, 12. April. (Wochenunde u. Kranke.) Abgang 28 Sold., Zugang 11 Sold., Kr. 12 Sold., Verbleib 28 Sold., 28 Off. u. 261 Sold., Kr. 2 Off. u. 132 Sold., zus. 30 Off. u. 383 Sold. Davon in Privatverpflegung 4 Off. u. 9 S.

Redakteur: E. Radlo.

Berlin, 18. März. Ein einseitiger Ausschuß, dem zahlreiche hiesige Persönlichkeiten von hoher gesellschaftlicher und amtlicher Stellung angehören, veröffentliche einen Aufruf zur Gründung einer deutschen Stiftung für die Töchter der auf dem Felde der Ehre gebliebenen oder in Folge des Krieges verstorbenen Offiziere, Militär-Beamten, Geistlichen und Ärzte, so wie der ihnen gleichgestellten Träger des rothen Kreuzes. Wir entnehmen demselben folgende Stelle: „Den Kindern der Soldaten und den Söhnen der Offiziere sind Pflege- und Erziehungs-Anstalten manniacher Art geöffnet, aber den hilfbedürftigen Töchtern der auf dem Felde der Ehre gebliebenen oder in Folge des Krieges gestorbenen deutschen Offiziere, Militär-Beamten, Geistlichen und Ärzte, so wie der ihnen gleichgestellten Träger des rothen Kreuzes fehlt es an jeglicher Fürsorge. Zur Bildung eines Vereins, welcher sich der Lösung dieser Aufgabe für die Angehörigen aller Gauen des deutschen Reiches und aller Konfessionen mit gleicher Liebe widmet, ist von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Augusta die erste Anregung gegeben. Allerhöchstselbst hat sich bereit erklärt, als hohe Beschützerin an dessen Spitze zu treten. Die Erziehung für den häuslichen Beruf findet in der Gemeinschaft des Hauses und der Familie den natürlichsten Boden. Aufgabe des Vereins wird es daher sein, wo ein Bedürfnis dazu vorhanden, den Müttern oder nahstehenden Verwandten die Erziehung der verstorbenen Waisen zu erleichtern, oder deren Unterbringung in anderen achtbaren und gebildeten Familien zu vermitteln. Im Hinblick auf die große Zahl der Waisen aber wird auf diesem Wege allein nicht geholfen werden können. Der Vereinthätigkeit muß es daher vorbehalten bleiben, die verstorbenen Töchter auch in bewährten, ihrer Konfession entsprechenden Erziehungs-Anstalten unterzubringen, oder auf die Gründung solcher Anstalten Bedacht zu nehmen, soweit ein Bedürfnis dazu sich geltend macht u. die Mittel reichen.“ Beiträge für die Stiftung nehmen an in Berlin die Deutsche Bank-Aktien-Gesellschaft (Frankfurterstraße Nr. 21), Herr Geheim Kommerzien-Rath A. Mendelssohn (Firma: Mendelssohn und Co., Jägerstraße Nr. 61), Herr Geheim Kommerzien-Rath Widmer (Firma: Gebrüder Schiller, Gertraudenstraße Nr. 16), Herr Geheim Kommerzienrath Krause (Firma: F. W. Krause, Leipzigerstraße Nr. 45). Die Organisation des Vereins wird demnächst beraten werden.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe vom 5. April. Barometer, Thermometer, Feuchtigkeit, in W. Mill.

Wort.	7 U.	10 U.	2 U.	0.91	0.8	weil. bew.	feiler, nob.
Witt. 2	27	9.5	+ 7.6	0.54			
Rathis 9	27	9.8	+ 6.2	0.86		bedeckt	trüb.
6. April.							
Wort. 7 U.	27	9.9	+ 5.2	0.81	0.8	bedeckt	trüb.
Witt. 2	27	10.4	+ 6.4	0.70	0.7	trüb	winnig, heiter.
Rathis 9	27	10.9	+ 2.4	0.9		klar	

Karlsruhe. (Groß, Postbeater.) Donnerstag, 13. April. 53. A. S. Der Puls. Vespert in 2 Akten von Babo. Der Krummer und die Pirat. Genrebild in 1 Akt von Louis Schneider. Splitter und Balken. Vespert in 1 Akt von G. v. Moser. Vater Krummer und Mutter Pirat. Genrebild in 1 Akt von Robert Jonas. Anfang 6 Uhr. — Fr. I. Tag, 14. April. 54. A. S. Ein Wintermärchen. Schauspiel in 5 Akten von Schafpeare. Uebersetzt und bearbeitet von Dingelstedt. Musik von F. H. Hofmann. Anfang 6 Uhr.

Anleihe der Stadt Evansville (Indiana)

im Betrage

von Doll. **300,000** in 7% Obligationen von je Doll. **1000**

Zinsen und Kapital in New-York in Currency zahlbar,

genehmigt durch Volksabstimmung vom 13. Dezember 1869 und Magistrats-Beschluß vom 23. Mai 1870.

Evansville, die zweitgrößte Stadt im Staate Indiana, als Knotenpunkt der Eisenbahnen in raschem Aufblühen und bereits eine der bedeutendsten Handelsstädte der Vereinigten Staaten, hatte im Jahre 1870 circa **21,000 Seelen**, steuerbares Grundeigenthum von über **Doll. 18,000,000** und ein Jahreseinkommen von über **Doll. 225,000**. Der Magistrat der Stadt hat am 20. Oktober 1870 eine Steuer, **speziell zur Zinszahlung der besagten Bonds der gegenwärtigen Anleihe bestimmt**, ausgeschrieben. Die Anleihe wurde zur Subvention der Evansville Carmi und Paducah Eisenbahn (jetzt mit der St. Louis und South Eastern Bahn consolidirt) verwendet. Die Schuld dieser Stadt beläuft sich inklusive oben genannter Anleihe auf circa **Doll. 1,465,000**.

Anleihe von Gallatin County (Illinois)

im Betrage

von Doll. **100,000** in 7% Obligationen von je Doll. **1000**

Zinsen und Kapital in New-York in Currency zahlbar.

Capital-Rückzahlung am 1. Januar 1891.

Genehmigt durch Volksabstimmung vom 7. April 1868 und registriert durch den Rechnungs-Controleur des Staates Illinois.

Gallatin County hatte im Jahre 1870 eine Bevölkerung von **12,000 Seelen**; das steuerpflichtige Grundeigenthum ist im Werthe von **Doll. 6,000,000**, bei den geringen Ausgaben der County auf kaum ein Drittel seines Werthes taxirt.

Die ganze Schuld der County beträgt **Doll. 275,000**; durch die Constitution des Staates Illinois sind die Schulden der Counties auf fünf Prozent vom Werthe des jeweiligen steuerpflichtigen Grundeigenthums limitirt.

Der Staat Illinois verpflichtet sich laut Gesetz vom 16. April 1869, die Steuern zur Bezahlung der Zinsen und des Kapitals zu kollektiren und **aus den so reservirten Steuern Zinsen und Kapital, bei Verfall, zu bezahlen**. — Exemplare des betreffenden Gesetzes können bei den Zeichnungsstellen entgegengenommen werden.

Die oben erwähnte Anleihe wurde zur Subvention der St. Louis und South Eastern Eisenbahn emittirt.

Die Subscription auf

Doll. 250,000 7% City of Evansville Bonds (250 Stück à Doll. 1000), wovon

„ 100,000 im Jahre 1890

„ 100,000 „ „ 1896

„ 50,000 „ „ 1901 rückzahlbar sind,

sowie auf

Doll. 100,000 7% County of Galatin Bonds (100 Stück à Doll. 1000)

findet am **14. April a. e.** zum Course von **80%** und Vergütung der laufenden Zinsen statt (der Dollar à fl. 2¹/₂ gerechnet)

bei **F. E. Fuld & Comp.** in Frankfurt a. M.

„ **Gebrüder Jacobs Abz** in Amsterdam.

Bei der Subscription sind 10% der gezeichneten Beträge als Caution zu hinterlegen. — Der Bezugstag der zugeheilten Beträge ist auf den 19. April a. e. festgesetzt.

Im Falle der Ueberzeichnung tritt eine verhältnißmäßige Reduction sämmtlicher Zeichnungen ein; bei der Zuthheilung der Evansville-Bonds werden größere Zeichnungen thunlichst gleichmäßig auf die verschiedenen Jahrgänge vertheilt.

Bis zum Eintreffen der definitiven Obligationen werden von den betreffenden Zeichnungsstellen Interimsscheine ausgegeben, welche spätestens am 15. Mai a. e. kostenfrei gegen die Originalstücke umgetauscht werden.